

Niederschrift

JHA/002/2026

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 04.02.2026

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Multifunktionssaal im 1. OG des Rathauszentrums II.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzende
---------------------	-----	--------------------------

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Frau Sarah Brandt	AfD	Ratsmitglied
Frau Hermine Fischer-Mißfelder	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Mattis Hohdorf	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/1. stellv. Vorsitzender
Frau Tatjana Lücke	SPD	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Eike Saatjohann	FDP/UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Bischoff		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr René Dall		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Dirk Holtmann		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Karin Albers		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Andrea Bischoff		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat
Frau Nina Jansen		Sachkundige Einwohnerin f. Beirat f. Menschen mit Behinderung
Frau Kirsten Lücke-Brüning		Ausschussmitglied f. katholische Kirche
Frau Lara May		Ausschussmitglied örtlicher Jugendringe
Frau Claudia Raneberg		Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche
Frau Karin Schulz-Bennecke		Ausschussmitglied f. Schulen
Frau Carla Zachey		AG 78

Vertreter:

Frau Evelyn Eggenkämper	DIE LINKE	Vertretung für Frau Clara Calitri
Herr Linus Grundke		Vertretung für Frau Mona Gedicke
Herr Eike Rickert		Vertretung für Frau Cosima Rottmann
Frau Hanna Wehmschulte		Stellv. Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände (Verpflichtung)

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen		Stabstelle Dezernat II
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Clara Calitri	DIE LINKE	Ratsmitglied
--------------------	-----------	--------------

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Sarah Feldkamp		Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung
---------------------	--	--

Frau Mona Gedicke

Interessensvertreterin Jugendteam

Herr Jörg Langhans

Ausschussmitglied f. Richter

Frau Cosima Rottmann

Jugendamtsealternbeirat

Frau Reinke eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Verpflichtung von Frau Antonia Bischoff, Herrn Linus Grundke, Frau Lara May, Frau Karin Schulz-Bennecke und Frau Hanna Wehmschulte als Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. JHA/001/2025 über die öffentliche Sitzung am 26.11.2025

Frau Jansen bringt eine Anmerkung zum Aktionsplan Inklusion (TOP 9, Vorlage 633/25, Seite 6) vor. Sie weist darauf hin, dass sie mit der Aussage zitiert werde, der Beirat für Menschen mit Behinderung wünsche sich eine serviceorientierte und barrierefreie Sprache. Der Begriff „barrierefreie Sprache“ sei zutreffend, „serviceorientierte Sprache“ hingegen nicht. Sie bittet um entsprechende Korrektur.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann berichtet, dass umfangreiche Informationen zur Verfügung gestellt worden seien.

Zu dem Punkt „Jugendforen 2026“ teilt er mit, dass heute das vierte Jugendforum stattgefunden habe, bei dem sich Schülerinnen und Schüler erneut aktiv und interessiert mit Fragestellungen zu Freizeitangeboten auseinandergesetzt hätten. Die Ergebnisse der Jugendforen würden derzeit ausgewertet und in den Kinder- und Jugendförderplan einfließen; zudem würden daraus Handlungsempfehlungen abgeleitet. Er verweist darauf, dass der Kinder- und Jugendförderplan später unter TOP 10 bezüglich der Benennung der Arbeitsgruppenmitglieder behandelt werde.

Zum Punkt „Projekt „Medien-Minis“ – Medienkompetenz in Grundschulen“ informiert er, dass die Initiative in Zusammenarbeit mit der Firma apetito durchgeführt werde. Eine offizielle Pressemitteilung sei für den 20.02.2026 vorgesehen, an der unter anderem der Vorstandsvorsitzende von apetito, der Bürgermeister sowie Vertreterinnen und Vertreter der Jugendförderung und er selber teilnehmen werden. Ziel sei es, die Medienkompetenz von Grundschulinnen und -schülern zu stärken, um sie besser auf die Herausforderungen sozialer Medien und digitaler Kommunikation vorzubereiten.

Zum Punkt „Spendenaktion des Jugendteams der Stadt Rheine“ dankt er den Jugendlichen für ihr Engagement.

Darüber hinaus berichtet er von einem Gespräch mit dem Bistum Münster, an dem Herr Jüttner-von der Gathen teilgenommen habe. Das Bistum plane, die Kitas in drei gemeinnützige GmbHs (gGmbHs) zusammenzuführen. Für den Kreis Steinfurt, den Kreis Warendorf und die Stadt Münster sei eine gGmbH vorgesehen. Der Trägerwechsel bedürfe der Zustimmung vor Ort; daher werde das Thema voraussichtlich im November 2026 auf die Tagesordnung gesetzt.

Er verweist auf die Arbeits- und Projektplanung 2026 für den Jugendhilfeausschuss (**Anlage 1**), die den Mitgliedern per E-Mail übermittelt worden sei. Diese umfasse zahlreiche Themen, darunter den inklusiven Kinder- und Jugendschutz sowie die Angebots- und Bedarfsplanung in Kitas. Zudem kündigt er an, dass die Budgets am 11.03.2026 festgelegt werden sollten. Ein weiteres Thema sei der zunehmende Konsum von Vapes und ähnlichen Produkten bei Schülerinnen und Schülern der Klassen 5 und 6. Er betont die Bedeutung präventiver Maßnahmen und kündigt an, dass sich der Jugendhilfeausschuss mit dieser Thematik befassen werde. Zudem weist er darauf hin, dass unterjährig weitere Themen hinzukommen könnten und aufgrund der Vielzahl an Themen voraussichtlich eine zusätzliche Sitzung benötigt werde.

Frau Lücke erinnert daran, dass sowohl im Jugendhilfe- als auch im Sozialausschuss vorgesehen sei, die Steuerungsgruppe des Arbeitskreises Inklusion zu thematisieren. Sie bittet darum, dieses Thema in die Arbeits- und Projektplanung aufzunehmen.

Herr Gausmann ergänzt, dass die Steuerungsgruppe bereits mit einem Vertreter des Beirates für Menschen mit Behinderung sowie der Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses, Frau Lücke, und der Vorsitzenden des Sozialausschusses, Frau Reinke, getagt habe. Die Präsentation werde der Niederschrift als Anlage beifügt (**Anlage 2**). Eine Inklusionskonferenz sei für den 12.05.2026 geplant. Im November 2026 stehe die Verabschiedung des Kinder- und Jugendförderplans 2027 – 2031 auf der Tagesordnung, dieser werde auch die Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit – einschließlich inklusiver Aspekte – enthalten.

Frau Reinke betont, dass der Begriff Inklusion häufig verwendet werde, tatsächlich jedoch oft eher Integration gemeint sei. Sie spricht sich dafür aus, einen deutlichen Schritt in Richtung echter Inklusion zu gehen.

Frau Overesch regt an, zur besseren Planbarkeit einen Termin für eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses festzulegen. Sollte dieser nicht benötigt werden, könne er später wieder abgesagt werden.

Zudem fragt sie, ob es aus den Jugendforen differenzierte Rückmeldungen nach Stadtteilen sowie zu spezifischen Bedarfen vorlägen.

Frau Wiggers erläutert, dass die Interviews in den Jugendforen themenorientiert durchgeführt und dabei auch die Stadtteile der Teilnehmenden abgefragt würden. Sie werde im Zuge der Gesamtauswertung prüfen, ob eine entsprechend differenzierte Auswertung möglich sei.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Familienbeirat

Frau Andrea Bischoff berichtet, dass in der vergangenen Woche ein „Dankeschön-Abend“ stattgefunden habe. Im Rahmen dieses Abends seien bereits erste Ideen und Überlegungen für zu-

künftige Projekte besprochen worden. Zudem führt sie aus, dass derzeit auf die Bewerbungen zur Neubildung des Familienbeirats gewartet werde.

Weiterhin informiert sie darüber, dass eine Anfrage einer Familie vorliege, die um individuelle Unterstützung bei einem Gespräch in der Schule gebeten habe. Sie habe sich bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen und in der kommenden Woche als neutrale Person an dem Gespräch teilzunehmen.

5. Kriterien zur Vergabe der Betreuungsplätze in der Schulbetreuung ab 08/2026 Vorlage: 017/26

Herr Gausmann verweist zunächst auf die vorliegende umfangreiche Vorlage und betont, dass die Kriterien zur Vergabe der Betreuungsplätze als sogenannte Null-Kriterien zu verstehen seien. Er hebt hervor, dass die Beschlusslage eine gemischte Nutzung der Räumlichkeiten in den Grundschulen vorsieht, da es aus Sicht der Verwaltung nicht nachvollziehbar sei, warum vormittags 200 Schülerinnen und Schüler eine Schule nutzen könnten, nachmittags jedoch nicht. Er räumt ein, dass es Ausnahmen geben könne, beispielsweise für spezifische Betreuungsräume, und verweist auf bereits realisierte Umbauten und Erweiterungen, wie etwa demnächst die mobilen Klassenräume an der Ludgerusschule, die aus Mitteln des Offenen Ganztags (OGS) finanziert würden. Ziel sei es, allen Kindern einen Betreuungsplatz anzubieten, wobei die konkrete Form – OGS oder zusätzliche Betreuung – noch zu klären sei.

Er berichtet von einem ersten Gespräch mit den Trägern der OGS, an dem auch Frau Overesch teilgenommen habe. In dem konstruktiv verlaufenen Gespräch seien die Eckpunkte besprochen worden. Er zeigt sich optimistisch, dass das Betreuungsjahr 2026/2027 in der erforderlichen Qualität und Verlässlichkeit umgesetzt werden könne, obwohl die Anmeldezahlen im Vergleich zum Vorjahr um rund 200 gestiegen seien. Die Betreuungsdienstleister müssten nun Personal akquirieren, was jedoch ein üblicher Prozess sei.

Zudem erwähnt er die Beteiligung der Stadt Rheine an einer Feststellungsklage gegen das Land Nordrhein-Westfalen. Die Verwaltung sei der Ansicht, dass das Betreuungssystem dem Konnexitätsprinzip widerspreche und nicht ausreichend refinanziert werde. Er kritisiert die von der Schulministerin genannte Versorgungsquote von 80 %, da bisherige Berechnungen lediglich 60 % ergäben. Die Klage befinde sich derzeit in einem Zuständigkeitsstreit zwischen verschiedenen Verwaltungsgerichten, was den Prozess verzögere.

Frau Lücke äußert, dass die SPD Fraktion Rheine die Einschätzung zur Problematik des Konnexitätsprinzips teile. Sie hebt hervor, dass die fachlichen Anforderungen nicht mit den zur Verfügung gestellten Ressourcen im OGS-Bereich übereinstimmten.

Sie weist darauf hin, dass bei Kapazitätsengpässen ältere Kinder wegen des Rechtsanspruchs für Erstklässler keinen Betreuungsplatz erhalten würden. Sie fragt, wie Eltern mit Betreuungsab-sagen umgehen würden, die eine Betreuung für ihr Kind benötigten.

Sie stellt zudem Fragen zu sozialen und pädagogischen Kriterien, wie psychischen oder Suchterkrankungen der Eltern, sowie zur Berücksichtigung von Kindern mit Förderbedarf. Sie hinterfragt die Gewichtung der Kriterien, da Berufstätigkeit höher bewertet werde als soziale und pädagogische Gründe.

Frau Overesch ergänzt, dass die CDU Fraktion weitere Punkte klären möchte. Sie fragt nach der Kontrolle und dem Nachweis von Voll- und Teilzeitbeschäftigung der Eltern sowie nach einem standardisierten Verfahren hierfür. Zudem fragt sie nach dem Fortschritt bei der Einführung des

Anmeldeportals STEP, welches die Träger entlasten könnte, indem An- und Absagen automatisiert würden.

Frau Eggenkämper regt an, Alleinerziehende im Punktesystem höher zu bewerten, da diese besonders auf Betreuungsangebote angewiesen seien.

Frau Schulz-Bennecke schlägt vor, die Kriterien für die Vergabe von Betreuungsplätzen anstatt in einer Excel-Tabelle zu schreiben, in das Schulverwaltungsprogramm Schild zu integrieren, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

Herr Gausmann geht auf die gestellten Fragen ein. Er betont, dass die Schulen in der Regel keine Absagen erteilen müssten, da trotz der gestiegenen Anmeldezahlen ausreichend räumliche Kapazitäten vorhanden seien. Er verweist auf die Beschlusslage (Vorlage 275/24), die eine multifunktionale Raumnutzung vorsehe, und betont, dass diese nicht zur Diskussion stehe. Ein Austauschgespräch mit der Schulaufsicht und den Schulleitungen sei vorgesehen.

Zur Gewichtung der Kriterien erklärt er, dass Alleinerziehende, die berufstätig seien, durch die Kombination der Punkte für Alleinerziehende und Berufstätigkeit in der Regel einen Betreuungsplatz erhielten. Besondere soziale und pädagogische Kriterien, wie psychische Erkrankungen oder schwierige familiäre Verhältnisse, könnten von den Schulleitungen in Absprache mit den Betreuungsdienstleistern berücksichtigt werden. Die Schulleitungen verfügten über die notwendige Professionalität, um solche Entscheidungen zu treffen, und würden dabei vom Jugendamt unterstützt.

Hinsichtlich der Kinder mit Förderbedarfen erläutert er, dass für diese zusätzliche Mittel bereitgestellt würden, um den erhöhten Betreuungsaufwand zu decken. Er betont die Bedeutung der Inklusion und weist darauf hin, dass die Stadt Rheine freiwillig zusätzliche Ressourcen bereitstelle, da das Land keine ausreichenden Regelungen für die Finanzierung getroffen habe. Es gebe mittlerweile 9 Grundschulen, die formale Schulen des Gemeinsamen Lernens seien; alle mit OGS.

Zu den technischen Fragen erklärt er, dass geprüft werde, die Kriterien in das Schulverwaltungsprogramm Schild zu integrieren, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

Bezüglich des Anmeldeportals STEP informiert er, dass Gespräche mit dem Dienstleister stattfinden, um eine Einführung für das Betreuungsjahr 2027/2028 zu planen.

Er stellt klar, falls ein Betreuungsplatz im offenen Ganztage wider erwartend nicht zur Verfügung gestellt werden könne, die Jugendämter verpflichtet seien, ein alternatives Betreuungsangebot, z. B. über Tagespflege, bereitzustellen. Der Anspruch auf Betreuung gelte rechtlich bis zur Vollendung des 13. Lebensjahres.

Frau Lücke betont, dass es ihr nicht darum gehe, verschiedene psychische Erkrankungen in Kriterien zu fassen, sondern Vergleichbarkeit und Orientierung für die Schulleitungen zu haben, sodass für Kinder in Rheine ähnliche Grundlagen und abgestimmte soziale und pädagogische Gewichtungen gelten.

Frau Schulz-Bennecke stimmt Herrn Gausmann zu, dass die Schulleitungen über die notwendige Professionalität verfügen würden, um Entscheidungen vergleichbar und sachgerecht zu treffen.

Herr Gausmann stellt abschließend klar, dass eine Absage zur Betreuung grundsätzlich durch den Träger erfolge. In der Kooperationsvereinbarung, die den Schulleitungen im März zur Verfügung gestellt werde, sei festgelegt, dass entsprechende Entscheidungen im Benehmen mit dem Betreuungsträger zu treffen seien. Sofern die Schulleitung mitteile, dass ein Kind aus zwingen-

den Gründen – etwa aus psychischen Gesichtspunkten – an der Betreuung teilnehmen müsse, sei dies mit dem Betreuungsdienstleister abzustimmen. Ziel sei es, gemeinsam tragfähige Lösungen zu finden und entsprechende Zusagen zu ermöglichen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport nehmen die Kriterien zur Vergabe der OGS-Plätze zur Kenntnis.

6. Abweichung der Gruppengrößen in der Offenen Ganztagschule um +/- 10 % Vorlage: 025/26

Herr Gausmann erläutert, dass die Regelung zur Nutzung der OGS aus dem Schulgesetz resultiere und spezifische Vorgaben enthalte. Er führt aus, dass die OGS-Plätze bis zum 10. Oktober eines Jahres der Bezirksregierung gemeldet werden müssten, um eine Refinanzierung durch das Land zu gewährleisten. Für ein Kind, welches nach diesem Stichtag einen Betreuungsplatz beanspruche, würde der Platz nicht refinanziert. Verlasse ein Kind unterjährig die Betreuung, werde die Förderung durch das Land um diesen Platz reduziert.

Er führt fort, dass es im KiBiz anders sei. Der Betreuungsanspruch für Kinder unter 3 Jahren müsse 3 Monate vor Vollendung des Betreuungsanspruchs geltend gemacht werden.

Um Planungssicherheit zu schaffen, habe man mit den Betreuungsdienstleistern vereinbart, dass eine geringfügige Überbelegung mit nach dem 10. Oktober gemeldeten Rechtsanspruchskindern nicht automatisch zu einer Refinanzierung auf 100 % der städtischen Kosten führe und dass bei einer unterjährigen Abmeldung eines Kindes trotzdem für dieses weiterbezahlt werde. Er betont, dass es sich hierbei lediglich um die Abfederung von Spitzen handle und keine generelle Erhöhung der Gruppengrößen angestrebt werde. Er verweist darauf, dass in Ausnahmefällen unterjährig auch die Einrichtung einer neuen Betreuungsgruppe auf Kosten der Stadt Rheine erfolgen könne, um die Qualität der Betreuung sicherzustellen.

Frau Overesch hebt hervor, dass die OGS-Träger eine andere Regelung bevorzuge, bei der zusätzliche Kinder automatisch refinanziert würden und bei einem Rückgang der Kinderzahlen keine Personalreduktionen erforderlich seien. Die CDU Fraktion rege an, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass Evaluationsrunden in regelmäßigen Abständen durchgeführt würden, um auf veränderte Anmeldeverhalten der Eltern reagieren zu können.

Frau Lücke äußert, dass die SPD Fraktion Rheine ähnliche Überlegungen angestellt habe. Sie betont, dass der Beschlussvorschlag dahingehend geändert werden solle, dass eine flexible Anpassung der Gruppengrößen um 10 % nur in Rücksprache mit den jeweiligen Schulen und Trägern erfolgen solle. Zudem sei es wichtig, zeitliche Begrenzungen für die Erhöhung der Gruppengrößen festzulegen, um die Belastung für Kinder und Fachkräfte zu minimieren. Sie regt an, Kriterien für eine Obergrenze pro Raum und Fachkraft zu definieren, um die Betreuungssituation zu verbessern. Kinder mit besonderen Bedarfen könnten in größeren Gruppen Schwierigkeiten haben; daher seien Rückzugsmöglichkeiten sowie eine klare Trennung zwischen Bildungs- und Freizeiträumen erforderlich.

Herr Gausmann erklärt, dass in den Beschlussvorschlag bereits integriert sei, dass die Umsetzung bedarfsorientiert und in Abstimmung zwischen Schulträger, Schule und Betreuungsträger erfolgen solle. Er betont, dass keine generelle Aufstockung der Gruppengrößen geplant sei und die räumlichen und personellen Kapazitäten berücksichtigt würden. In den Schulen gebe es neben Klassenräumen auch spezifisch Betreuungsräume. Für Kinder mit besonderen Bedarfen

stunden zusätzliche Ressourcen – auch Personalressourcen – zur Verfügung. Es gebe die Auszeitmöglichkeit, um ein Kind aus einer großen Gruppe herauszunehmen. Rückzugsorte stünden ebenfalls zur Verfügung, da die Betreuungsdienstleister neben der festen Struktur und festen Personalrefinanzierung zusätzliche Vereinbarungen mit Sportvereinen oder anderen Einrichtungen hätten. Die Stadt Rheine plane an einer Grundschule einen Versuch, in dem keine Hausaufgaben mehr vorgesehen seien. Die eingesparten Ressourcen würden nicht entzogen, sondern für die individuelle Förderung genutzt.

Bezogen auf die Anregung von Frau Overesch schlägt er als ergänzenden Beschlussvorschlag vor: Die Verwaltung wird beauftragt, nach einem Jahr eine Evaluation durchzuführen und dem Ausschuss Bericht zu erstatten.

Frau Reinke stellt den ergänzten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, in der Offenen Ganztagschule eine flexible Anpassung der Gruppengrößen um bis zu +/- 10 % zuzulassen.

Die Umsetzung erfolgt bedarfsorientiert und in Abstimmung zwischen Schulträger, Schule und Betreuungsträger.

Die finanzielle Förderung bleibt unabhängig von kurzfristigen Schwankungen der tatsächlichen Belegung bestehen.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach einem Jahr zu evaluieren und dem Ausschuss Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (1 Enthaltung)

7. Antrag der SPD-Fraktion auf Resolution zum Referentenentwurf des KiBiz Vorlage: 024/26

Frau Lücke hebt hervor, dass der Gesetzesentwurf des KiBiz kaum notwendige Anpassungen enthalte, die von den Spitzenverbänden gefordert worden seien. Als Beispiel nennt sie, dass der Zuschlag für Ein-Gruppen-Einrichtungen nicht gekürzt werde. Sie kritisiert insbesondere die geplante Vergrößerung der Gruppengrößen in Kindertageseinrichtungen, die Aufteilung in Kern- und Randzeiten sowie die flexiblere Handhabung beim Einsatz von Nichtfachkräften. Ihrer Ansicht nach würden diese Änderungen die Belastung des Personals und die Verantwortung der Fachkräfte erheblich erhöhen. Zudem verweist sie auf den Fachkräftemangel und die Unterfinanzierung der Träger, wodurch vermehrt Nichtfachkräfte eingestellt werden könnten, um finanzielle Defizite auszugleichen. Sie betont die Notwendigkeit, Haltung zu zeigen – sowohl über den Jugendhilfeausschuss als auch über die Spitzenverbände und die landespolitischen Fraktionen, um gegenzusteuern. Die SPD Fraktion Rheine beabsichtige, eine Resolution zum Referentenentwurf des KiBiz zu verabschieden, um Nachbesserungen am Gesetzentwurf zu erzielen. Sie sei kompromissbereit, einzelne Dinge bei Bedarf anzupassen.

Frau Overesch äußert sich im Namen der CDU Fraktion kritisch zur KiBiz-Reform, erkennt jedoch auch Schwächen in der Resolution der SPD Fraktion Rheine. Sie betont, dass nicht alle Reformvorschläge negativ seien, und verweist auf die Verantwortung der Träger. Sie stimmt der Kritik

an der unzureichenden Finanzierung zu und schlägt vor, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um die Thematik weiter zu vertiefen und im nächsten Jugendhilfeausschuss erneut zu beraten.

Frau Fettich berichtet von Diskussionen der Wohlfahrtsverbände und betont, dass es wichtig sei, die KiBiz-Reform kritisch zu betrachten. Sie sieht jedoch auch Chancen in der Einführung von Kern- und Randzeitenbetreuung, da die Einbindung von Kita-Helfern eine Entlastung für Fachkräfte ermöglichen könnte. Sie unterstreicht, dass es wichtig sei, auch den Blickwinkel zu verändern, vor Ort zu schauen, was relevant sei, die gesellschaftliche Veränderung und den Elternwillen zu berücksichtigen. Sie plädiert dafür, die Diskussion in einem anderen Gremium, beispielsweise in einem Arbeitskreis, weiterzuführen, um gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln.

Über die AG 78 sei im April 2024 eine politische Arbeitsgruppe gebildet worden, an der alle Träger sowie die Kommunalpolitik beteiligt gewesen seien, unterstützt durch den ehemaligen Kreissozialdezernenten Herrn Fuchs und die Kommunalpolitik. Frau Paul (*ehemalige Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.*) habe ebenfalls teilgenommen. Dort seien verschiedene Lösungsansätze entwickelt worden, insbesondere zur Thematik Kern- und Randzeiten. Die Wohlfahrtsverbände würden es begrüßen, wenn die AG 78 in die Arbeitsgruppe einbezogen würde.

Frau Overesch weist darauf hin, dass ein Großteil der ehrenamtlich engagierten Personen aus anderen beruflichen Kontexten als die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses komme. Für gute Ergebnisse seien interfraktionelle Diskussionen unter Einbeziehung der Stadt Rheine, den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses, der AG 78 sowie verschiedener Träger wichtig.

Herr Rickert, Elternvertreter im Jugendamtselternbeirat, berichtet, dass versucht worden sei, ein Stimmungsbild der Eltern zu erfassen. Die Unterschiede zwischen den Einrichtungen zeigten jedoch eine große Bandbreite an Meinungen. Insbesondere die Vergrößerung der Gruppen werde kritisch gesehen. Für Kern- und Randzeiten seien helfende Kräfte wichtig, viele Eltern seien jedoch besorgt, wenn die Qualität leide.

Frau Lücke betont, dass die SPD Fraktion Rheine Diskussionen in einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung begrüße, das Thema jedoch erneut im Jugendhilfeausschuss behandelt werden solle.

Bezüglich der vom Jugendamtselternbeirat (*Herr Rickert*) angesprochenen Punkte erläutert sie, dass viele Eltern insbesondere bei großen Gruppen und Kindern mit erhöhtem Unterstützungsbedarf Qualitätsbedenken hätten. Der Einsatz ergänzender Kräfte werde grundsätzlich befürwortet, jedoch kritisch gesehen, wenn nur wenige Fachkräfte für viele Kinder verantwortlich seien. Zwar könne so die Betreuungsquantität gesichert werden, langfristig bestehe jedoch die Gefahr einer Verschlechterung der Qualität und damit Unzufriedenheit bei den Eltern. Über die verschiedenen Punkte könne diskutiert werden.

Herr Gausmann erläutert, dass die Verwaltung in der Vorlage lediglich auf die Argumente der SPD Fraktion Rheine aus der Resolution eingegangen sei. Eine Resolution der Verwaltung würde anders aussehen. Zudem bezeichnet er die KiBiz-Reform als unzureichend und als „Reförmchen“. Die Reform löse die grundlegenden Probleme der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen nicht und wälze die Verantwortung auf die Kommunen ab. Zudem stelle sie keine ausreichende Finanzierung der Einrichtungen und des Personals sicher, wodurch die Qualitätssicherung gefährdet sei. Auch die Vielzahl an Förderprogrammen verbessere die Grundqualität der Einrichtungen nicht nachhaltig.

Frau Overesch schließt sich der Kritik an der KiBiz-Reform an und betont, dass diese den aktuellen Herausforderungen, wie sinkenden Kinder- und Gruppenzahlen, nicht gerecht werde. Sie

warnet vor den finanziellen Schwierigkeiten, die zur Schließung von Kitas führen könnten, und fordert eine zukunftsorientierte Herangehensweise.

Herr Gausmann schlägt einen geänderten Beschlussvorschlag vor, über den Frau Reinke abstimmen lässt.

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit interessierten Jugendhilfeausschussmitgliedern sowie unter Beteiligung der AG 78 (im Format der AG Kita Leben) eine Resolution zu entwickeln und diese in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Antrag der SPD-Fraktion: Proberäume für Musikerinnen und Musiker Vorlage: 031/26

Frau Lücke führt aus, dass der Antrag der SPD Fraktion Rheine auf die Bedürfnisse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Rheine abziele, die Proberäume für musikalische Aktivitäten suchten. Sie bedauert, dass die Verwaltung in ihrer Beschlussvorlage die Ablehnung des Antrags empfehle. Sie plädiert dafür, zumindest eine Bedarfsanalyse in Zusammenarbeit mit Jugendzentren und anderen relevanten Akteuren durchzuführen. Sie verweist auf ein Bandnetzwerktreffen im Dezember 2025 in der Scum Bar, an dem auch die Stadt Rheine beteiligt gewesen und bei dem das Thema Proberäume diskutiert worden sei. Als mögliche Standorte seien unter anderem das Industriegebiet, ländliche Bereiche, Sporthallen, Musikschulen sowie weitere Leerstände, z. B. Südeschule, Logika, C & A und die alte Bahnhofsgaststätte, genannt worden. Sie betont, dass zwar Proberäume für Chöre und Orchester vorhanden seien, diese jedoch für Bands nicht ausreichend geeignet seien. Sie regt an, die Jugendkultur in Rheine zu stärken und die Bedarfe junger Erwachsener stärker zu berücksichtigen. Zudem fragt sie, ob das Thema auch im BASK (Betriebsausschuss Stadtkultur Rheine) behandelt werden könne, da dort kulturelle Belange der Bürgerinnen und Bürger thematisiert würden. Die SPD Fraktion Rheine gehe davon aus, dass sich Jugendliche und junge Erwachsene eher an die Orte wenden, an denen sie sich regelmäßig aufhalten, als an die Stadtverwaltung.

Frau Overesch äußert sich ablehnend gegenüber der Schaffung neuer Proberäume, da aus der Vorlage hervorgehe, dass bereits viele Räume vorhanden seien. Sie sieht das Problem eher in einer unzureichenden Kommunikation der bestehenden Angebote. Sie schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, eine Übersicht über vorhandene Räume und Ansprechpartner zu erstellen und diese Informationen beispielsweise auf der städtischen Homepage zugänglich zu machen.

Herr Gausmann weist darauf hin, dass es in Rheine zahlreiche Klassenräume gebe, die nachmittags genutzt werden könnten, sofern sie nicht durch die Offene Ganztagschule (OGS) belegt seien. Er schlägt vor, den Antrag zu vertagen, den Bedarf über die Jugendforen zu ermitteln und im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans zu behandeln. Er betont, dass die Jugendforen einen Querschnitt der Schülerschaft abbildeten und somit auch musizierende Jugendliche einbezogen würden.

Herr Holtmann unterstützt die Idee einer Bedarfsermittlung im Rahmen der Jugendforen. Er schlägt vor, in die Analyse einzubeziehen, ob ein Ausstattungsbedarf für Proberäume bestehe, beispielsweise hinsichtlich der Bereitstellung von Instrumenten, um Transportaufwände zu ver-

meiden. Zudem regt er an, Synergien zwischen Jugend- und Kulturbereich zu nutzen, um die Bedarfe besser zu decken. Eine Einbeziehung der Teilnehmenden des Bandnetzwerktreffens könne darüber hinaus besonders Musikaffine erreichen.

Frau Wiggers erklärt, dass die Verwaltung den Vorschlag unterstütze, die Thematik im Kinder- und Jugendförderplan zu verankern. Sie berichtet, dass es im HOT „Alte Dame“ in Mesum einen gut genutzten Proberaum gebe und weder von dort noch von anderen Jugendtreffs weitere Anfragen nach zusätzlichen Räumlichkeiten eingegangen seien.

Frau Lücke weist darauf hin, dass die in der Scum Bar anwesenden jungen Erwachsenen nicht zwingend über die Jugendforen erreicht würden, und regt an, dies bei der Bedarfsermittlung zu berücksichtigen.

Frau Overesch schlägt vor, im Rahmen der aktuell laufenden Jugendforen zu erfragen, ob die vorhandenen Angebote bekannt seien, um Ideen für eine Informationsveröffentlichung für den Jugendhilfeausschuss zu entwickeln. Die Auflistung mit den Orten und Ansprechpersonen könne zu einer späteren Sitzung aufbereitet werden.

Auf die Wortmeldung von Frau Schulz-Bennecke gibt Herr Gausmann an, dass die Renovierung der Petri-Kirche, die im Antrag der SPD Fraktion Rheine als möglicher Proberaum genannt worden sei, für 2026/2027 vorgesehen sei. Die Petri-Kirche stehe unter Denkmalschutz; für die Renovierung habe die Stadt Rheine Fördermittel beantragt und inzwischen bewilligt bekommen. Entsprechende Verfahren nähmen erfahrungsgemäß Zeit in Anspruch.

Herr Grundke gibt an, dass beim Jugendteam ebenfalls Anfragen nach Proberäumen eingegangen seien.

Herr Gausmann bittet die Ausschussmitglieder, Bedarfe an das zuständige Jugendamt zu melden, damit Lösungsmöglichkeiten abgebildet werden könnten.

In Erwiderung auf die Wortmeldung von Herrn Holtmann führt er aus, dass sich aus dem SGB VIII die Gesamtzuständigkeit der Jugendhilfe für die Belange junger Menschen ergebe. Damit falle auch die jugendkulturelle Bildung gemäß § 11 Absatz 4 SGB VIII in den Zuständigkeitsbereich der Jugendhilfe und damit gehöre das Thema in den Jugendhilfeausschuss.

Er schlägt vor, junge Erwachsene bis 27 Jahre in die Bedarfsermittlung einzubeziehen, die Thematik im Kinder- und Jugendförderplan zu verankern und die Ergebnisse in der übernächsten Sitzung vorzulegen. Im Anschluss könne über eine Einbeziehung des Betriebsausschusses „Stadtkultur“ beraten werden. Die Kreativwerkstatt ARTandTECH.space sei beispielsweise ein Bereich mit Schnittstellen zwischen Jugend- und Kulturarbeit.

Frau Lücke erklärt, dass die SPD Fraktion Rheine dem Vorschlag der Vertagung sowie der Beibehaltung der Federführung beim Jugendhilfeausschuss zustimmen könne. Gleichzeitig solle die Thematik aus der Perspektive des Kulturbereichs betrachtet werden. Sie regt an, auch junge Erwachsene über 27 Jahre einzubeziehen, da diese ihre Bedarfe ebenfalls im Rahmen des Treffens in der Scum Bar geäußert hätten.

Frau Reinke fasst zusammen, dass der Tagesordnungspunkt vertagt werde, um die Ergebnisse der Bedarfsanalyse abzuwarten. Die Thematik werde in einer der übernächsten Sitzungen erneut aufgegriffen.

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die übernächste Sitzung zur Kenntnis.

**9. Bildung des Beirates zum Stadtjugendring
Vorlage: 028/26**

Frau Reinke erklärt, dass bereits einige Eingaben in der Vorlage genannt worden seien.

Herr Gausmann führt aus, dass die Satzung des Stadtjugendrings die Bildung eines Beirates vorsehe. Dieser solle als beratendes Gremium des Vorstandes des Stadtjugendrings fungieren und dazu dienen, allgemeine politische Entwicklungen zu betrachten sowie gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Laut Satzung sei vorgesehen, dass jede Fraktion ein Mitglied benenne. Er bittet darum, die entsprechenden Vorschläge zu unterbreiten.

Jede Fraktion benennt ein Mitglied.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine benennt folgende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses zu Beiratsmitgliedern des Stadtjugendrings Rheine e. V.:

CDU Fraktion:	Til Beckers
SPD Fraktion:	Tatjana Lücke
Alternative für Deutschland (AfD):	Sarah Brandt
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	Mattis Hohdorf
Die Linke Ratsfraktion für Rheine:	Clara Calitri
Fraktion FDP/UWG Rheine:	Eike Saatjohann

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Zweite politische Arbeitsgruppe zum Kinder- und Jugendförderplan - Benennung der Mitglieder
Vorlage: 029/26**

Herr Gausmann erläutert, dass der Kinder- und Jugendförderplan bereits mehrfach thematisiert worden sei. Er betont, dass es gängige Praxis sei, die Politik auch außerhalb der Sitzungen des Jugendhilfeausschusses in die Erörterung des Plans einzubinden, beispielsweise durch regelmäßig stattfindende Workshops. Er bittet um die Benennung der Mitglieder.

Der Jugendhilfeausschuss benennt die Mitglieder der Arbeitsgruppe.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss benennt folgende Mitglieder in die Arbeitsgruppe mit politischer Beteiligung zur Entwicklung des Kinder- und Jugendförderplanes 2027 – 2031:

CDU Fraktion:	Martin Beckmann
SPD Fraktion:	Gabriele Leskow
Alternative für Deutschland (AfD):	Sarah Brandt
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	Kimberly Krull
Die Linke Ratsfraktion für Rheine:	Evelyn Eggenkämper
Fraktion FDP/UWG Rheine:	Eike Saatjohann
Jugendverbände/Wohlfahrtsverbände:	Antonia Bischoff

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Bildung des Unterausschusses Freizeitflächen für die Wahlperiode 2025-2030 (Nachbenennung)
Vorlage: 030/26**

Herr Gausmann erläutert, dass es sich um das Ergebnis der letzten Sitzung zuzüglich gemeldeter Nachbenennungen handele. Er weist darauf hin, dass es noch eine Änderung gebe: In der Liste werde als persönliche Vertreterin für Die Linke Ratsfraktion für Rheine Frau Vollmann durch Frau Eggenkämper ersetzt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss besetzt den Unterausschuss „Freizeitflächen“ entsprechend dem Vorschlag der Fraktionen:

<u>Mitglieder</u>	<u>Vertreter/in (persönlich)</u>
<u>CDU Fraktion:</u> RM Beckmann, Martin SB Heine, Britta	RM Beckers, Til SB Vogel, Waldemar
<u>SPD Fraktion Rheine:</u> RM Leskow, Gabriele	RM Lücke, Tatjana
<u>Alternative für Deutschland (AfD):</u> RM Brandt, Sarah	RM Grasler, Laura Sophie
<u>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:</u> RM Hohdorf, Mattis	RM Krull, Kimberly

Die Linke Ratsfraktion für Rheine:

RM Calitri, Clara

SB Eggenkämper, Evelyn

Fraktion FDP/UWG Rheine:

RM Schomaker, Heiko

SB Saatjohann, Eike

Jugendverbände/Jugendwohlfahrt:

SB Carsten Timpe

SB Sylvia Egelkamp

Jugendteam:

SE Mona Gedicke

SE Linus Grundke

Familienbeirat (beratend):

SB Bischoff, Andrea

SE Johannes-Michael Bögge

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Anfragen und Anregungen

Frau May berichtet, dass sie kürzlich an einer Informationsveranstaltung für neue Mitglieder des Kreisjugendhilfeausschusses teilgenommen habe. Sie erläutert, dass diese Veranstaltung vor Ort als Gremium stattgefunden habe. Zuerst habe ein Referent mit den Teilnehmenden gesprochen und im Anschluss habe es eine ausführliche Informationsrunde gegeben, die vom Jugendamt sowie dem Sozialbereich organisiert worden sei. Diese Veranstaltung habe einen tiefen Einblick in das Alltagsgeschäft ermöglicht und zahlreiche Zahlen und Fakten präsentiert, die für die Arbeit im Ausschuss von Bedeutung seien. Sie hebt hervor, dass sie die Informationen zum Thema „Kindertagesstätten“ als besonders hilfreich empfunden habe, da dieses Thema für viele Personen ein fremdes Feld darstelle. Sie habe die Vorstellungsrunde und den Austausch als hilfreich und wertvoll empfunden. Sie regt an, diese Art von Veranstaltung auch künftig in Anspruch zu nehmen. Zudem weist sie darauf hin, dass der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) solche Veranstaltungen anbiete, sie jedoch eine Präsenzveranstaltung einer Online-Veranstaltung vorziehe, da letztere oft weniger persönlich und für alle Jugendämter offen sei, was den Austausch erschwere.

Ende des öffentlichen Teils: 18:24 Uhr

Claudia Reinke
Ausschussvorsitzende

Andrea Atrott
Schriftführerin